



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/181 - 8.8.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Ursachen des Förderungsrückganges im Bergbau	S. 1
Die Tunesienkrise wird akut	S. 3
Der Dortmund-Ems-Kanal in Gefahr	S. 5
"Frankfurter Hefte" zur Sozialpolitik der Bundesrepublik <i>Vollständigkeit</i>	S. 6

## Merkwürdige Kritik am Bergbau

(sp) Die Sperrung der 25,6 Mio M MSA-Mittel für den Bergbau mit der Begründung, die Förderung sei nicht so gestiegen, wie man nach den bisherigen Aufwendungen erwartet habe, muß nicht nur beim Bergbau einiges Erstaunen hervorrufen.

Man geht aber an der Sache vorbei, wenn man, wie manche Leute der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, die Vorwürfe von Mr. Harris mit dem Hinweis entkräften will, es gäbe zu wenig Kohle, weil bisher nicht genügend investiert worden sei und zugleich weitere 2 Mrd M anfordert.

Selbstverständlich fehlen rund 30 moderne Schachtanlagen. Aber sie fehlen nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Privatwirtschaft an der Ruhr bisher immer nur dort zu investieren pflegte, wo ein schneller Gewinn zu erwarten war. Eine neue Schachtanlage aber braucht allein eine Bauzeit von acht bis zehn Jahren.

Es hat einmal einen sehr vernünftigen Neuordnungsplan für den Bergbau gegeben, der unter dem Mitwirken der Gewerkschaften entstanden ist und die Zusammenfassung des stark zersplitterten Zechenbesitzes in 24 Großgesellschaften vorsah. Diese 24 Gesellschaften wären in der Lage gewesen, sich selbst zu finanzieren und ihre Mittel ausschließlich für den Bergbau zu verwenden. Mr. Harris sei daran erinnert, daß gerade seine mit der

Dekartellisierung befaßten Landsleute diesen Neuordnungsplan zum Scheitern brachten und stattdessen 60 bis 70 neue Gesellschaften und Unternehmen im Steinkohlenbergbau entstehen. Selbstverständlich suchen die neuen Betriebe auch Anlehnung an andere, oft bergbaufremde Unternehmen. Damit dürfte sich in absehbarer Zeit wieder eine Vernachlässigung rein bergbaulicher Investitionen ergeben.

Mit dieser destruktiven Dekartellisierungspolitik ging eine Restauration der alten Besitzinteressen in der Montanwirtschaft Hand in Hand, die keineswegs die Kapitalversorgung des Bergbaus begünstigt hat. Um sich für den nichtexistenten Kapitalmarkt hoffähig zu zeigen, sehen sich die aus dem Gesetz 27 entlassenen Zechenunternehmen veranlaßt, mehr oder weniger hohe Dividenden auszuwerfen, um damit Privatkapital anzulocken, was in keiner Weise gelingt. Damit gehen dem Bergbau nicht nur der Dividendenbetrag, sondern auch das Mehrfache durch Steuerzahlungen verloren. So führt die von den Alliierten angestrebte Konkurrenz der deutschen Zechenunternehmen untereinander zwangsläufig zu Kapitalverlusten und damit zu der beanstandeten Stagnation. Ein an übergeordneten Gesamtinteressen orientierter zusammenfassender Einsatz der verfügbaren Investitionsmittel wäre nicht nur dem Bergbau allein, sondern darüber hinaus der Gesamtwirtschaft nützlich gewesen. Die heutige Entwicklung, insonderheit auch hinsichtlich der Vertagung der Sozialisierungsfrage, ist nicht zuletzt auf den Einfluß amerikanischer Kreise zurückzuführen.

Wenn heute die Flick- und Krupp-Pakete ins Ausland zu wandern drohen, ohne daß der deutschen Seite die Majorität verbleibt, so ist das auch eine Folge der sinnlosen Dekartellisierung unter Wahrung alter Montaneigentumsinteressen, die jede verantwortliche Planung einer Mehrförderung an der Ruhr nach Gesichtspunkten einer größtmöglichen Wirksamkeit unmöglich machen:

+ + +

### Der Bey sucht seine Revanche

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Seit Beginn dieses Jahres sind die Beziehungen zwischen Tunesien und der französischen Protektorsmacht in eine Phase äußerster Spannung getreten. Frankreich hatte die von ihm selbst ernannten nationalistischen Minister verjagt, großangelegte Verhaftungen vorgenommen und das Militär zur Verteidigung seiner Herrschaft eingesetzt. Seit dieser Zeit herrschte ein bürgerkriegsähnlicher Zustand, der nur vorübergehend von einer Beruhigung abgelöst wurde. Ein jeder wußte, daß der status quo nicht aufrecht zu erhalten war, obwohl das der heiligste Wunsch der französischen Kolonisten, die ein wichtiges Wort in der Tunesienpolitik zu sprechen haben, ist.

In der Richtung der Aufgabe des durch die massive Intervention von Gewalt geschaffenen Zustandes wirkte eine Reihe von nationalen und internationalen Faktoren. Die nach vielen Bemühungen gebildete Regierung Bakusch hatte nicht das Geringste gelöst. Sie war dem Bey aufgezwungen worden und repräsentierte nichts als sich selbst. Das Volk stand ihr feindselig gegenüber, und selbst die gemäßigten Nationalisten hielten sich fern. Die Stimmung war derart ungünstig, daß es noch nicht einmal gelingen wollte, Mitglieder für eine Kommission ausfindig zu machen, die einen Reformplan ausarbeiten sollte.

Die internationale Lage drängte ebenfalls in Richtung einer Beseitigung der latenten Krise. Wohl hatte Frankreich vor dem Sicherheitsrat der UNO einen gewissen Erfolg davongetragen, indem dieser die Klage der asiatischen Staaten gegen die französische Tunesienpolitik verworfen hatte. Die Stellungnahme der UNO-Mehrheit war nur eine bedingte und keine endgültige. Sie wollte Frankreich nur Zeit geben, die versprochene Reformpolitik durchzuführen. Besonders in den USA herrschte die Meinung vor, daß das die letzte Chance Frankreichs und daß die amerikanische Haltung sich im Falle einer Enttäuschung notwendig ändern müsse. Wenn man auch in Paris nur wenig Lust dazu empfand, so mußte doch etwas geschehen.

Am 20. Juni unterbreitete Außenminister Schuman dem Parlament einen Reformplan, der keine Mehrheit fand. Dem einen war er zu zahn,

den anderen (den Gaullisten, einem Teil der Unabhängigen) schien er eine Aufgabe der französischen Interessen. Der Plan sah nur einen beratenden Ausschuß vor, dessen Teilnehmer nicht gewählt, sondern ernannt werden sollten. Frankreich behielt sich nach wie vor die wichtigsten Ministerressorts vor, und die Kolonisten sollten bei der Beratung der Finanz- und Wirtschaftspolitik maßgeblich beteiligt sein. Der Erfolg dieses Planes war in Tunis nicht größer als in Paris. Da die Nationalisten noch immer in Quarantäne gesetzt sind (Hunderte befinden sich noch in den Gefängnissen und Konzentrationslagern), konnten die Verhandlungen um die "Reformen" nur mit der Regierung geführt werden, die Frankreich selbst aus seinen Vertrauensleuten gebildet hatte. Sie besitzt nicht im geringsten das Vertrauen der Tunesier, Das Einverständnis dieser Kreise löste also wiederum nichts.

Die Krise ist von neuem akut geworden durch den plötzlichen Widerstand des Bey, der seit dem Frühjahr im Schatten der französischen Macht ein stilles Dasein führt. Er lehnte die vorgeschlagenen Reformen nicht ab, berief jedoch vierzig repräsentative Vertreter der verschiedenen tunesischen Strömungen zusammen, um mit ihnen die französischen Vorschläge zu beraten. Das ist ein deutlicher Appell an das Volk, was die Gewerkschaften mit einer Unterstützung des "demokratischen Monarchen" beantworteten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Bey, der im März zur Kapitulation gezwungen wurde, heute seine Revanche sucht.

Es ist möglich, daß die Ereignisse in Ägypten dem Bey, der ein betagter und erfahrener Mann ist, gezeigt haben, daß ein Thron von Allahs Gnaden nicht von Dauer ist, wenn sich das Volk von ihm abwendet. In derselben Zeit verstärken die asiatischen Staaten, wie Indien und Pakistan, von neuen ihre Opposition und melden an, das tunesische Problem vor der nächsten Vollversammlung der UNO zur Sprache zu bringen. Wird Frankreich die Zeit nutzen, um es anders als mit Gewalt oder mit geschickten Schlichen zu "lösen" ?

+ + +

Lebensader des Ruhrgebietes vernachlässigt

gnr. Die Bedeutung des Dortmund-Ems-Kanals wird, obwohl er schon über 60 Jahre in Betrieb ist, immer noch vielfach verkannt. Für das östliche Industrierevier ist er die Lebensader schlechthin. Die Hüttenwerke im Dortmunder Raum, die 40 Prozent des Roheisens erzeugen, konnten sich nur zu ihrer derzeitigen Bedeutung entwickeln, weil dieser Kanal als kürzester Weg zur Nordsee für die Erzzufuhren ein konkurrenzfähiger Verkehrsträger gegenüber dem Rhein zwischen Rotterdam und Duisburg ist. Als ausschließlich deutscher Wasserweg hilft er Devisen sparen und sorgt auch für die Beschäftigung der Häfen Emden und (über den Küstenkanal) Bremen. Durch den Anschluß an den Mittellandkanal erfüllt er wesentliche Aufgaben im Verkehr mit Mittelddeutschland.

Wenn auch die Baupläne für damalige Verhältnisse weitvorausschauend angelegt waren, so hat die Entwicklung doch einen stürmischeren Verlauf genommen als man dachte. Der Wasserweg war für einen Durchlauf von 4,5 Mio Frachtonnen berechnet. Bereits 1918 wurde diese Tonnageleistung erzielt. 1940 wurden schon 6,272000 t im Gesamtverkehr befördert und 1951 annähernd 8 Mio t. Auf dem südlicheren Teil des Kanals wurden im Durchgangsverkehr zum Mittellandkanal außerdem noch 3,900000 t verfrachtet.

Diese doppelte bzw. dreifache Ausnützung des Kanals wurde erzielt, ohne daß ein entsprechender weiterer Ausbau der Anlagen erfolgt wäre. Die bereits 1930/32 geplanten Verbesserungen konnten nur zu 60 Prozent ausgeführt werden, da durch die Kriegereignisse 1940 die Arbeiten eingestellt werden mußten. Der Tiefgang der Schiffe ist so nach wie vor auf 2 m beschränkt und die Tragfähigkeit auf 800 t. Die Kanalflotte ist aber für 2,50 m wie 1000 t gebaut und wird deshalb nur zu 75 Prozent ausgenutzt. Der Ausbau des Wasserweges ist aber nicht nur aus Rentabilitätsgründen erforderlich. Die Anlagen, insbesondere die Schleusen sind so baufällig, daß in kürzester Frist mit ihrem Ausfall gerechnet werden muß, wenn nicht die Reparaturarbeiten in größerem Maße aufgenommen werden.

Der Ausfall einer Schleuse würde aber zur Unterbrechung der Kanalfahrt um über acht Monate führen und damit die Konkurrenzfähigkeit des östlichen Industriereviers entscheidend gefährden.

Diese Situation ist seit längerer Zeit bekannt. Mit ihr beschäftigte sich ja auch auf Antrag der SPD der Bundestag und beschloß im März des Jahres einstimmig, daß der Wasserweg auf 1000 t Tragfähigkeit ausgebaut werden soll und daß dafür, wie für Reparaturarbeiten, fünf Jahre lang jeweils 13,5 Mio M aus Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Bundesverkehrsminister hat bisher aber nur 5,58 Mio M eingeplant und es ist vollkommen ungewiß, ob die fehlenden 7,92 Mio M noch bereitgestellt werden. Da andererseits das Projekt der Moselkanalisierung ernsthaft zur Diskussion gestellt ist - wofür auch Geld vorhanden sein soll - kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier in leichtfertiger Weise ehrgeizige politische Pläne über lebenswichtige wirtschaftliche Erfordernisse gestellt werden. Jeder Tag, der an der Kanalausbesserung versäumt wird, erfordert zukünftig höhere Kosten, da der Verfall der Anlagen fortschreitet. Letztlich gerät aber die Hüttenindustrie in Bedrängnis, wodurch nicht nur die soziale Sicherheit der Arbeiterschaft im Dortmunder Raum sondern auch in den Hafenstädten gefährdet würde.

+ + +

"Ohne Vollbeschäftigung keine soziale Sicherheit"

In der August-Ausgabe der "Frankfurter Hefte - Zeitschrift für Kultur und Politik" - lesen wir:

"Die Sozialpolitik in Westdeutschland ist weit davon entfernt, zu begreifen, daß Zeiten des Zusammenbruchs wie keine anderen geeignet sind, neue Ordnungen zu schaffen. Im Gegenteil: sie dient einer kümmerlichen Restauration. Ja man begnügt sich nicht einmal damit, sondern bringt sogar - leichtfertig oder absichtlich? - das, was vor Jahrzehnten schon erreicht wurde, ins Wanken. Das geschieht klugerweise zuerst einmal moralisch, indem man das Recht des Einzelnen auf soziale Sicherheit bezweifelt und sein Streben danach in Mißkredit bringt. Was sonst sollte das Schlagwort von der Rentner-Mentalität eines Volkes bedeuten, das doch wahrhaftig einen eindrucksvollen Wiederaufbau zum Beweis seines Arbeitswillens darbieten kann? Solche verallgemeinernden Verdächtigungen taugen bestenfalls dazu, das eigene schlechte Gewissen zu beruhigen; denn unmißverständlich für jeden hat der englische Sozialpolitiker William Beveridge den Kern des Problems in wenige Worte geprägt: "Ohne Vollbeschäftigung kann es keine

soziale Sicherheit geben".

Daß Zeiten niedrigen Volkseinkommens - durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und schlechte Löhne - Zeiten hoher Sozialausgaben sind, dürfte für den unerfahrensten Sozialpolitiker nichts Neues mehr sein. Und daß Not erfinderisch macht und zuweilen selbst die komplizierten Paragraphen-Hürden der Sozialversicherung erfolgreich nehmen läßt, ist eine alte Weisheit. Wer die Not der Kranken und die Armut der Alten als unvermeidlich rechtfertigen möchte, weil einige Schmarotzer unberechtigte Nutznießer einer sozialen Sicherung werden könnten, gerät in Verdacht, die besseren Wege nicht sehen zu wollen, auf denen Arbeitsunwillige von Arbeitsunfähigen unterschieden werden können.

Die Regierungen unserer Nachbarländer scheinen jedenfalls mehr Vertrauen in die "Lebensgewohnheiten und Lebensauffassungen, in das Temperament und die Disziplin ihrer Bevölkerung" zu haben. Das nämlich, so sagten die Teilnehmer einer internationalen Konferenz in Philadelphia über die Probleme der Sozialversicherung, sei zu berücksichtigen, wenn man die Entwicklung der sozialen Vorsorge in den einzelnen Ländern vergleicht. Die Staaten rings um Deutschland haben Neuordnungen gewagt: Frankreich mit seinem Gesetzgebungswerk über die "Sécurité sociale", Großbritannien mit seinen Gesetzen über den Gesundheitsdienst und die Nationalversicherung, die Schweiz mit ihrer bundesgesetzlichen Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Schweden durch sein Gesetz über die Volkspension, Dänemark und Norwegen durch Altersversorgung für die gesamte Bevölkerung.

"Social security for everyone" (soziale Sicherheit für jeden) - das war die Forderung, die seinerzeit Beveridge in seinem Plan erhob. Die Deklaration der Konferenz von Philadelphia formte das gleiche Ziel nur in andere Worte: "Solange irgendwo auf der Welt noch Armut herrscht ist der Wohlstand überall gefährdet". Sollte diese Erkenntnis im kleineren Rahmen einer Nation weniger gültig sein? Der Zwang zu Sparsamkeit allein kann wohl nur für kurze Zeit eine glaubhafte Erklärung dafür sein, daß man in einer verwirrten und verwirrenden Sozialgesetzgebung stecken bleibt. Die sparsamste Hausfrau wird nach wiederholten Reparaturen erkennen, daß weiteres Flickeln nicht mehr rentabel sein kann, und sie wird sich - wenn auch vielleicht mit einem Seufzer - zu einer Neuan-schaffung entschließen. Woran mag es darum wohl in Wahrheit liegen, daß sich die Verantwortlichen der Bundesrepublik mit soviel Verbissenheit einer Neuordnung der deutschen Sozialversicherung widersetzen? "

---

Verantwortlich: Peter Raunau